



Gemeinderat

Protokoll Nr. 4 / 2011

Datum 9. Juni 2011

Dauer 14.00 - 20.55 Uhr

Anwesend

Präsident Fred Bieler

Mitglieder	Nora Scheel	Romano Cahannes
	Thomas Hensel	Dr. Chantal Marti-Müller
	Dr. Carla Maissen	Josias F. Gasser
	Thomas Leibundgut	Dr. Dominik Infanger
	Anita Mazzetta	Rita Cavegn Hänni
	Dr. Hans Martin Meuli	Beda Frei
	Martha Widmer-Spreiter	Franco Lurati
	Andy Kollegger	Gieri Derungs
	Tina Gartmann-Albin	Oliver Hohl
	Christian Durisch	Lucrezia Bernetta

Stadtrat Stadtpräsident Christian Boner
Stadträtin Doris Caviezel-Hidber
Stadtrat Roland Tremp

Protokoll Stadtschreiber Markus Frauenfelder



Traktanden

1. Protokoll der Sitzung vom 5. Mai 2011
2. IBC Energie Wasser Chur Nr. 471.01
 - a) Jahresbericht und Jahresrechnung 2010; Genehmigung
 - b) Gewinnverwendung; Beschluss
 - c) Entlastung des Verwaltungsrates; Beschluss
 - d) Verwaltungsrat; Wahl
 - e) Verwaltungsratspräsidium; Wahl
 - f) Revisionsstelle; Wahl
3. Geschäftsbericht 2010 Chur Tourismus; Kenntnisnahme Nr. 472.01
4. Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2010 Botsch. Nr. 407.06
 - a) GPK-Bericht zur Jahresrechnung 2010 Nr. 407.08
 - b) Bericht zu den hängigen Vorstössen 2011 Nr. 407.07
5. Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2012 - 2015 Botsch. Nr. 473.01
6. Gemeindesportanlagenkonzept GESAK - Bewegung und Sport in der Stadt Chur; Realisierung der 1. Etappe Botsch. Nr. 333.07
(alte Nr.: 34/2010)
7. Teilrevision des Gesetzes über die Ladenöffnungszeiten (Ladenöffnungsgesetz, LOeG) Botsch. Nr. 445.07
8. Sportplatz Ringstrasse, Neubau Garderobengebäude Botsch. Nr. 474.01
9. Auftrag der GPK betreffend Vorfall beim Bau des Käseereikellers Alp Maran; Bericht Nr. 454.03
10. Interpellation Romano Cahannes und Mitunterzeichnende betreffend Stellplätze für Wohnmobile auf dem KEB-Areal; Antwort Nr. 463.02
11. Fragestunde gemäss Art. 61 Geschäftsordnung

1. Protokoll der Sitzung vom 5. Mai 2011

Das Protokoll der letzten Sitzung wird einstimmig bei 1 Enthaltung genehmigt.

2. IBC Energie Wasser Chur

Für die Behandlung dieses und des nächsten Geschäfts nehmen Georg **Flepp** und Albin **Bislin** von der Finanz- und Liegenschaftenverwaltung Einsitz. Seitens Verwaltungsrat der IBC sind Gieri Caviezel und Urs Schädler anwesend, von der Geschäftsleitung Alfred Janka.

**a) Jahresbericht und Jahresrechnung 2010; Genehmigung**

Mit SRB 315 vom 16. Mai 2011 beantragt der Stadtrat:

Der Geschäftsbericht 2010 der IBC - bestehend aus Jahresbericht und Jahresrechnung - wird genehmigt.

GPK-Präsident Frei verweist auf die Investitionen der IBC, welche deutlich höher als budgetiert ausgefallen sind. Der VR-Präsident habe zudem deutlich gemacht, dass auch in den kommenden Jahren Investitionen in dieser Grössenordnung notwendig seien. Der Gemeinderat habe gefordert, dass die IBC ihre Investitionen vollständig abschreiben müssten, um eine Verschuldung zu vermeiden. Demzufolge hätten die IBC zusätzliche Abschreibungen von fünf Mio. Franken vornehmen müssen, entsprechend wäre die Gewinnablieferung an die Stadt kleiner ausgefallen. Im Bericht von PricewaterhouseCoopers stehe zudem, dass der Stadt in den Jahren 2006 und 2007 mehr abgeliefert worden sei als für die IBC nachhaltig möglich. Der Gemeinderat sei in seinen Vorstellungen hinsichtlich der IBC in den letzten Jahren betriebsblind gewesen. Geschäftsstrategie müsste sein, einen Teil des Gewinns als Reserve für die künftige Investitionstätigkeit zum Eigenkapital der IBC zu schlagen. Damit wäre aber der Mittelrückfluss an die Stadt kleiner, was wohl die Zukunft sein werde.

Kollegger verweist auf die letztjährige Debatte zu den IBC, als er eine Konsolidierung der Beteiligungen gefordert habe. Seine Vorberatungskommission werde zu diesem Zweck einen zeitgemässen Rechnungslegungs-Standard vorschlagen, weshalb es jetzt wenig Sinn mache, mit viel Aufwand eine Übergangslösung zu realisieren. Lobenswert sei, dass die IBC an ihrer Vorinformation über die Ergebnisse ihrer Beteiligungen (SMOP, City Power, EBRAG) offen informiert hätten.

Abstimmung:

Der Geschäftsbericht 2010 der IBC - bestehend aus Jahresbericht und Jahresrechnung - wird einstimmig genehmigt

b) Gewinnverwendung; Beschluss

Mit SRB 315 vom 16. Mai 2011 beantragt der Stadtrat:

Auf Antrag des Verwaltungsrates der IBC wird der Bilanzgewinn von Fr. 8'624'141.56 per 31. Dezember 2010 wie folgt verwendet:



<i>Gewinnvortrag Vorjahr</i>	<i>Fr.</i>	<i>575'546.83</i>
<i>Ergebnis Erfolgsrechnung</i>	<i>Fr.</i>	<i>8'048'594.73</i>
<i>Bilanzgewinn per 31. Dezember 2010</i>	<i>Fr.</i>	<i>8'624'141.56</i>
<i>Erfolgsbeteiligung an die Stadt Chur</i>	<i>Fr.</i>	<i>8'000'000.00</i>
<i>Zuweisung an Allgemeine Reserve</i>	<i>Fr.</i>	<i>0.00</i>
<i>Vortrag auf neue Rechnung</i>	<i>Fr.</i>	<i>624'141.56</i>

Abstimmung:

Der Antrag des Stadtrates hinsichtlich Gewinnverwendung wird einstimmig genehmigt.

c) Entlastung des Verwaltungsrates; Beschluss

Mit SRB 315 vom 16. Mai 2011 beantragt der Stadtrat:

Dem Verwaltungsrat der IBC wird Décharge erteilt.

Abstimmung:

Dem Verwaltungsrat der IBC wird einstimmig Décharge erteilt.

d) Verwaltungsrat; Wahl

Mit SRB 315 vom 16. Mai 2011 beantragt der Stadtrat:

Die folgenden Verwaltungsratsmitglieder der IBC werden für ein weiteres Jahr gewählt:

Herr Gieri Caviezel

Herr Urs Schädler

Frau Silva Semadeni

Herr Thomas Tanner

Roland Tresp nimmt als Mitglied des Stadtrates von Amtes wegen Einsitz im Verwaltungsrat.

Wahl:

Die vorgeschlagenen Mitglieder des Verwaltungsrates werden offen und in globo einstimmig gewählt.

**e) Verwaltungsratspräsidium; Wahl**

Mit SRB 315 vom 16. Mai 2011 beantragt der Stadtrat:

Als Präsident des Verwaltungsrates wird Herr Urs Schädler für ein Jahr gewählt.

Wahl:

Urs Schädler wird offen und einstimmig als Verwaltungsratspräsident gewählt.

f) Revisionsstelle; Wahl

Mit SRB 315 vom 16. Mai 2011 beantragt der Stadtrat:

Als Revisionsstelle der IBC wird die BMU Treuhand AG, Hartbertstrasse 9 in 7000 Chur, für ein weiteres Jahr gewählt.

Wahl:

Als Revisionsstelle der IBC wird einstimmig die BMU Treuhand AG, Hartbertstrasse 9 in Chur, für ein weiteres Jahr gewählt.

3. Geschäftsbericht 2010 Chur Tourismus; Kenntnisnahme

Die positive Entwicklung hinsichtlich der Zunahme von Logiernächten und Stadtführungen wird ausdrücklich gelobt. Kritisiert wird hingegen das Verhalten von Chur Tourismus bezüglich aktuellem Standort in der Bahnhofunterführung, dessen Fortbestand in den Medien als offen bezeichnet wurde. Hier wird ein loyales Verhalten gegenüber dem Geldgeber Stadt erwartet.

Der **Stadtpräsident** teilt mit, dass der Stadtrat die Beitragsleistung für das Jahr 2012 an die Bedingung geknüpft habe, der Standort des RIZ in der Bahnhofunterführung müsse bestehen bleiben.

Der **Gemeinderatspräsident** stellt fest, dass der Gemeinderat vom Geschäftsbericht sowie den Informationen über den Grad der Zielerreichung gemäss Leistungsvereinbarung von Chur Tourismus Kenntnis genommen hat.



4. Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2010

a) GPK-Bericht zur Jahresrechnung 2010

Mit Botschaft Nr. 407.06 beantragt der Stadtrat:

1. *Der Geschäftsbericht des Stadtrates für das Jahr 2010 wird genehmigt.*
2. *Die Jahresrechnung 2010 mit*

<i>einem Aufwand von</i>	<i>Fr. 241'121'279.08</i>
<i>und einem Ertrag von</i>	<i>Fr. 238'843'417.51</i>
<i>sowie einem Aufwandüberschuss von</i>	<i>Fr. 2'277'861.57</i>

wird genehmigt.
3. *Die Investitionsrechnung 2010 mit Nettoinvestitionen von Fr. 13'330'743.70 wird genehmigt.*

Mit Bericht vom 12. Mai 2011 beantragt die **GPK** ebenfalls Genehmigung der Jahresrechnung sowie der in die Kompetenz des Gemeinderates fallenden Nachtragskredite.

GESCHÄFTSBERICHT

(abteilungsweises Vorgehen)

DEPARTEMENT 1

Stadtkanzlei

Durisch erkundigt sich zum Thema „Vorabklärungen für eine mögliche Fusion mit Maladers“. Der Stadtpräsident erklärt, der Stadtrat habe sich über die Projektstudie informieren lassen und ergänzende Abklärungen verlangt. Sobald diese vorlägen, werde über das weitere Vorgehen entschieden.

Die Klagen des Stadtarchivs bezüglich ungenügender räumlicher Verhältnisse wurden auch von den Medien aufgenommen. **Frau Marti-Müller** fragt deshalb, was der Stadtrat zu tun gedenke, ob etwa eine elektronische Sicherung eine Lösung wäre. Der **Stadtpräsident** macht Ausführungen zu den bisherigen Bemühungen, das Problem zu lösen, etwa zum Projekt Postremise, welches aber zu teuer gewesen wäre. Momentan habe der Stadtrat einen Neubau am Standort alter Forstwerkhof im Auge, doch müssten zuerst die Entwicklungen beim Kanton (Projekt Synergia) abgewartet werden.



Amt für Telematik

Kollegger erkundigt sich, ob eine Zusammenarbeit mit dem kantonalen Amt für Informatik bestehe und falls ja, in welcher Form. Der **Stadtpräsident** erwidert, Kontakte bestünden zwar, jedoch nicht in institutionalisierter Form.

DEPARTEMENT 2

Stadtschule

Infanger nimmt den einleitenden Hinweis im GPK-Bericht hinsichtlich Tagesschule Passugg-
Araschgen auf, der nicht Eingang in den Geschäftsbericht gefunden habe. Gemäss **Stadt-
rätin Doris Caviezel-Hidber** handelt es sich dabei um ein Missverständnis; der Hinweis der
GPK habe sich mit dem Druck des Berichts überkreuzt.

Departementssekretariat/Kulturfachstelle

Durisch erkundigt sich nach dem Geschäftsgang der neuen Theaterstiftung und äussert den
Wunsch, dass der Gemeinderat regelmässig orientiert wird. **Stadträtin Doris Caviezel-
Hidber** erwidert, die Stiftung sei gut gestartet; der Gemeinderat könne im Rahmen des Ge-
schäftsberichts orientiert werden.

Soziale Dienste

Lurati nimmt Bezug auf das Bild auf S. 78 mit der Legende „Die Anzahl der Mitarbeitenden
hat sich in den letzten drei Jahren verdreifacht“ - was der Stadtrat damit sagen wolle. **Stadt-
rätin Doris Caviezel-Hidber** erwidert, damit solle aufgezeigt werden, wie gross diese
Dienststelle in den letzten Jahren geworden sei. Die neu dazugekommenen Aufgaben lies-
sen sich zudem aus der Chronologie auf S. 77 ablesen; ein wesentlicher Teil davon sei zu-
dem vom Gemeinderat bewilligt worden.

Durisch will wissen, was die Schulsozialarbeit genau macht. Er stösst sich zudem daran,
dass der positive Einfluss der Jugendarbeit hinsichtlich Turnerwiese erwähnt wird; seine
Wahrnehmung sei ganz anders. **Stadträtin Doris Caviezel-Hidber** verweist auf den Teilbe-
richt zur Schulsozialarbeit auf S. 79, diese Mitarbeitenden verfügten über Teilpensen. Bei der
Jugendarbeit sei zudem eine Wirkungsanalyse in Arbeit, die der Gemeinderat in Auftrag ge-
geben habe.



DEPARTEMENT 3

Stadtplanung

Frau Mazzetta nimmt Bezug auf die Ausführungen auf S. 94, wonach das der Arbeitszone II zugewiesene Gebiet Rossboden möglichst gut ausgenutzt werden solle. Ob mit anderen Worten in der Gewerbezone verdichtetes Bauen verlangt werde. **Stadtrat Tresp** erwidert, es gehe darum, in der Arbeitszone II eine höchstmögliche Wertschöpfung zu erzielen, es gehe nicht primär um eine Verdichtung.

Verkehrsplanung

Hensel bedankt sich, dass zahlreiche Massnahmen zugunsten Behinderter umgesetzt wurden. Er fragt zudem, ob die Untersuchung hinsichtlich Busnetzoptimierung für den Gemeinderat zugänglich sei. **Stadtrat Tresp** erwidert, dass für die Untersuchung primär die Stadtbus Chur AG zuständig sei, das Tiefbau- und Vermessungsamt sei aber einbezogen worden. Eine entsprechende Aktenauflage sei denkbar.

RECHNUNG/GPK-BERICHT

(paralleles Vorgehen)

GPK-Präsident Frei führt einleitend aus, man habe die schlechteste Rechnung seit zehn Jahren vorliegen. Der einzige Lichtblick sei, dass man verglichen mit dem Voranschlag mit einem blauen Auge davon gekommen sei. Für ihn seien die folgenden Kennzahlen wichtig: Selbstfinanzierungsgrad, Selbstfinanzierungsanteil sowie Nettozinsbelastung. Ein Selbstfinanzierungsgrad von unter 100 % sei schlecht, nicht investieren jedoch ebenfalls. Das Problem liege aber beim Selbstfinanzierungsanteil, der im Idealfall über 20 % liegen sollte. Aus der Laufenden Rechnung müssten mit anderen Worten mehr Mittel für Investitionen zur Verfügung stehen. Dies könne erreicht werden, indem man die Einnahmen erhöhe oder die Ausgaben vermindere, wobei die GPK zuerst bei den Ausgaben und dann bei den Einnahmen ansetzen wolle. Wenn man die ausserordentlichen Steuereinnahmen der letzten Jahre weglasse, dann sei der Selbstfinanzierungsanteil in den letzten Jahren nicht viel besser gewesen. Deshalb sei man mit einem strukturellen und nicht mit einem konjunkturellen Problem konfrontiert. Zur Nettozinsbelastung: Die Erträge aus dem Finanzvermögen seien zurzeit dreimal so hoch wie die Passivzinsen. Wenn man von Schulden rede, müsse man auch diese Tatsache berücksichtigen. Die Stadt könne die Schuldzinsen bei aktuell niedrigen Zinsen leicht aus den Vermögenseinnahmen zahlen. Die langfristig entscheidende Sanierung der Stadtfinanzen sei seines Erachtens noch nicht eingeleitet. Man müsse mehr Geld für Investitionen frei bekommen.



Der **Stadtpräsident** führt aus, die Stadt weise zum ersten Mal seit 2001 ein Defizit aus, dieses liege aber um drei Millionen tiefer als budgetiert. Unter Auflösung der ganzen Steuerausgleichsreserve hätte auch eine „schwarze Null“ ausgewiesen werden können. Die Laufende Rechnung weise Minderausgaben von 560'000 Franken aus, die Investitionsrechnung solche von 900'000 Franken. Der Selbstfinanzierungsgrad liege statt bei budgetierten 29.7 % immerhin bei 73 % und über die letzten zehn Jahre immer noch bei 110 %. Auf den Einwand, dass drei Millionen Franken weniger investiert worden seien, erwidert der Stadtpräsident, die Nettoinvestitionen seien deshalb tief, weil ausserordentliche Beiträge von knapp sechs Millionen Franken eingegangen seien.

Dem Votum des Stadtpräsidenten erwächst Kritik. Beim Selbstfinanzierungsgrad sei nicht der Rückblick, sondern die Tendenz entscheidend, und auch die Steuerausgleichsreserve sei in diesem Zusammenhang nicht relevant.

- **Antrag** der GPK zum Erlass städtischer Leistungen

„Der Erlass städtischer Leistungen soll in die Rechnung aufgenommen werden.“

Der **Stadtpräsident** ist bereit, diesen Antrag als Auftrag entgegenzunehmen, bemerkt aber, dass die Budgetierung schwierig sein werde.

1008 Quartieramt

Hensel verweist auf die Differenz bei den Einnahmen der ALST in Rechnung und Geschäftsbericht. Ihm fällt zudem auf, dass die Aufwendungen deutlich über den Einnahmen liegen. Der **Stadtschreiber** macht Ausführungen zum Sanierungsprojekt ALST, für welches als Anteil der Stadt über zwei Jahre verteilt (2011 und 2012) 500'000 Franken vorgesehen sind. Der Bund wird sich an der Sanierung mit rund einer Million Franken beteiligen.

1020 Einwohnerdienste

Hensel ist zudem die Differenz zwischen budgetiertem und effektivem Ertrag bei den SBB-Tageskarten aufgefallen, obschon praktisch alle Tageskarten verkauft werden konnten. Der **Leiter der Stadtbuchhaltung**, Albin Bislin, erklärt diese Differenz mit der Mehrwertsteuer.



Ausgehende Beiträge an Berufsschulen

- **Antrag** der GPK

„Die GPK wünscht, dass die Frage der Beteiligung der Gemeinden an den Kosten des Untergymnasiums und des Berufsschulwesens so bald als möglich geklärt wird, notfalls muss die Verfassungsmässigkeit mit einer gerichtlichen Überprüfung geklärt werden.“

Stadträtin Doris Caviezel-Hidber führt aus, im Gespräch habe sich Regierungsrat Martin Jäger dahingehend geäussert, dass zuerst die Neuauflage der NFA abgewartet werden soll. In der Folge habe sich der Stadtrat dazu entschieden, mit dem Kanton zu verhandeln. Um dem Anliegen mehr Gewicht zu verleihen, sei geplant, die grössten Gemeinden für ein koordiniertes Vorgehen anzufragen. Sollten die Verhandlungen mit dem Kanton nicht erfolgreich sein, werde der Stadtrat eine Beschwerde beim Verwaltungsgericht einreichen.

Cahannes begrüsst dieses Vorgehen als lösungsorientiert. Die Frage müsse unbedingt jetzt und losgelöst von der NFA diskutiert werden. Die Stadt habe vor Gericht nichts zu verlieren.

Familienergänzende Kinderbetreuung

Auf S. 50 des GPK-Berichts wird die Überschreitung der Position Löhne u.a. mit der neuen administrativen Unterstützung begründet. **Durisch** hat dazu eine Frage. **Stadträtin Doris Caviezel-Hidber** führt aus, dass die 50 Stelleprozente durch den Gemeinderat bewilligt worden seien.

Beitragskürzung an Spitexverein in Heimen

Durisch findet, man solle überhaupt auf eine Beitragsleistung verzichten, wenn der Verein kein Budget abgebe. **Stadträtin Doris Caviezel-Hidber** führt aus, dass gemäss Gesetz maximal 30 % der Beiträge gekürzt werden könnten.

Beitrag an Lufthygiene-Messstation

- **Antrag** der GPK

„Der Vertrag mit dem Kanton ist auf Ende Jahr zu kündigen. Dies bringt der Stadt eine Einsparung von Fr. 25'000 bis 30'000 pro Jahr.“

Frau Mazzetta führt aus, die GPK verkenne die Bedeutung dieser Station als Datenlieferantin u.a. für den Massnahmenplan Luft. Sie bitte den Stadtrat, bei der Vertragskündigung den ausdrücklichen Wunsch anzubringen, dass die Station in der Stadt beibehalten werde.



Stadtrat Tresp führt aus, der Vertrag werde zu Beginn des neuen Jahres gekündigt; der Wunsch von Frau Mazzetta könne dabei durchaus berücksichtigt werden.

Vermessung, Arbeiten durch Dritte

Durisch stört sich daran, dass für das Projekt Fernwärme externe Büros beigezogen wurden. **Stadtrat Tresp** erwidert, das bestehende Personal decke das Tagesgeschäft ab, für ausserordentliche Projekte wie dasjenige der Fernwärme sei es hingegen sinnvoll, wenn Private beigezogen würden.

Frau Marti-Müller stellt eine Frage zu den Nachtragskrediten im Zusammenhang mit dem GESAK, die von Georg Flepp, Chef der Finanz- und Liegenschaftenverwaltung, beantwortet wird.

INVESTITIONSRECHNUNG

Hensel staunt, dass das Projekt Bahnhof/Ausbau noch immer in der Investitionsrechnung erscheint; die Einweihung habe im Jahr 2008 stattgefunden. **Stadtrat Tresp** führt aus, dass die Eröffnung nicht mit dem Abschluss sämtlicher Arbeiten gleichzusetzen sei; nach wie vor müssten Detailarbeiten gemacht werden.

NACHTRAGSKREDITLISTE

Keine Wortmeldungen.

Schlussabstimmungen:

Die Anträge von Stadtrat und GPK werden einstimmig wie folgt beschlossen:

1. Der Geschäftsbericht des Stadtrates für das Jahr 2010 wird genehmigt.
2. Die Jahresrechnung 2010 mit

einem Aufwand von	Fr. 241'121'279.08
und einem Ertrag von	Fr. 238'843'417.51
sowie einem Aufwandüberschuss von	Fr. 2'277'861.57

wird genehmigt.
3. Die Investitionsrechnung 2010 mit Nettoinvestitionen von Fr. 13'330'743.70 wird genehmigt.
4. Die Liste mit den Nachtragskrediten wird genehmigt.



b) Bericht zu den hängigen Vorstössen 2011

Der Stadtrat beantragt, folgende Vorstösse als erledigt abzuschreiben:

- Postulat Hensel betr. barrierefreie Internetangebote der Stadt Chur: Abschreibung mit 20 Ja-Stimmen.
- Postulat Lardelli zum Gastwirtschaftsgesetz betr. Öffnungszeiten und Rayonbildung: Abschreibung mit 17 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen.
- Postulat Infanger betr. Public Private Partnership (PPP): Abschreibung **abgelehnt** mit 9 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen (Stichentscheid des Gemeinderatspräsidenten)
- Postulat Fopp betr. „Skateanlage“: Abschreibung **abgelehnt** mit 12 zu 8 Stimmen bei 1 Enthaltung.
- Auftrag Tenchio betr. Umsetzung der Praxis betr. Zulagen und Entschädigungen während Arbeitsverhinderungen: Abschreibung mit 20 Ja-Stimmen.
- Auftrag Bernetta betr. mehr Sicherheit beim Polizeihandeln: Abschreibung mit 20 Ja-Stimmen.
- Auftrag FDP zwecks Leistungsoptimierung: Abschreibung **abgelehnt** mit 20 Stimmen.
- Antrag GPK betr. Schnittstellen Finanz- und Liegenschaftenverwaltung und Hochbauamt: Abschreibung einstimmig **abgelehnt**.
- Postulat Hächler betr. sichere Veloverbindung Obertor - Sassal: Abschreibung **abgelehnt** mit 14 zu 4 Stimmen bei 3 Enthaltungen.
- Postulat CVP-Fraktion betr. Schulhaus Chur West: Abschreibung **abgelehnt** mit 17 zu 4 Stimmen.

5. Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2012 - 2015

Mit Botschaft Nr. 473.01 beantragt der Stadtrat:

Der Gemeinderat nimmt den integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2012 - 2015 mit den Entwicklungsschwerpunkten sowie den finanzpolitischen Eckwerten wie folgt zur Kenntnis:



- *Der Finanzierungsfehlbetrag wird bis zum Jahr 2013 ausgeglichen.*
- *Der Steuerfuss verbleibt in der Finanzplanperiode 2012 - 2015 unverändert bei 90 % der einfachen Kantonssteuer.*
- *Der Investitionsplafond beträgt jährlich 18 Mio. Franken netto.*
- *Die Nettoverschuldung steigt bis Ende 2015 auf 113 Mio. Franken.*

GPK-Präsident Frei äussert eingangs sein Bedauern, dass es der Gemeinderat bei der Einführung des IAFP abgelehnt hatte, finanzpolitische Eckwerte verbindlich festzulegen. Dies wäre seiner Ansicht nach die Pflicht des Gemeinderates, analog eines Verwaltungsrates in der Privatwirtschaft. Vergleiche man den vorliegenden IAFP mit den Vorgaben des Gemeinderates, so könne festgestellt werden, dass die Laufende Rechnung bis ins Jahr 2015 zwar ausgeglichen sei, jedoch nicht genügend Cash Flow für die Investitionen aufweise. Auch der Selbstfinanzierungsgrad von 100 % werde bei einem tiefen Investitionsplafond von 18 Mio. Franken nicht erreicht. Missachtet worden sei der Auftrag, im Rahmen des IAFP aufzuzeigen, wie die Personalkosten ohne Entlassungen gesenkt werden könnten. Wenn er könnte, würde er einen Antrag stellen, den Selbstfinanzierungsanteil auf mindestens 10 % zu erhöhen. Eine weitere Auflage, die Erhöhung der Steuern, Abgaben, Gebühren und Bussen so weit als möglich zu vermeiden, werde vom IAFP erfüllt. Er hoffe, dass der Gemeinderat künftig einen Weg finden werde, den IAFP als entscheidendes langfristiges Planungsinstrument einzusetzen. Ein guter IAFP garantiere eine gewisse Kontinuität über Stadtrats- und Gemeinderatswahlen hinaus.

In der folgenden Diskussion wird der IAFP zum Teil harsch kritisiert, es ist gar von einer Rückweisung die Rede. Dies wird u.a. mit den viel zu tiefen Investitionen, den künftigen Ablieferungen der IBC und der mangelnden Ausgewogenheit von Minderausgaben und Mehreinnahmen begründet.

Der **Stadtpräsident** führt aus, dem Stadtrat wäre es ebenfalls lieber, wenn der Gemeinderat im Rahmen des IAFP Eckwerte beschliessen würde. Einig sei sich der Rat darin, dass ein Investitionsplafond von 18 Mio. Franken zu tief sei, gleichzeitig stelle man aber fest, dass man das Geld für höhere Investitionen nicht habe. Was dagegen zu tun sei, darüber gingen die Meinungen auseinander. Der Plafond sei nicht wegen des GESAK auf 18 Mio. Franken festgesetzt worden. Der Hintergrund sei der Einbruch der Steuereinnahmen von einst 126 (2007) auf noch 103 Mio. Franken im Jahr 2010. Einen solchen Einbruch stecke man nicht einfach weg, es brauche Mehreinnahmen, und wer das nicht einsehe, für den gebe 1 + 1 nicht 2, sondern 3. Was die IBC anbelange, so bestehe hinsichtlich Ablieferung in bisheriger Höhe an die Stadt in der Tat keine Gewähr. Hier müsse die Stadt ihre Interessen wahren, die



IBC schauten jedenfalls auch für sich, und deren Investitionen seien vor der Ausgliederung viel tiefer gewesen. Die Vorberatungskommission Aufgaben- und Leistungsüberprüfung habe die möglichen Massnahmen umfassend durchleuchtet, und die beschlossenen Massnahmen seien in den vorliegenden IAFP eingeflossen.

Der **Gemeinderatspräsident** stellt fest, dass der Rat vom IAFP Kenntnis genommen hat.

6. **Gemeindesportanlagenkonzept GESAK - Bewegung und Sport in der Stadt Chur; Realisierung der 1. Etappe**

Mit Botschaft Nr. 333.07 (alte Nr. 34/2010) beantragt der Stadtrat:

1. *Das Projekt „Gemeindesportanlagenkonzept GESAK“, 1. Etappe, wird genehmigt und ein Bruttokredit von Fr. 48'000'000.-- inkl. MwSt. bewilligt (Konto 28.5030.032, +/- 10 % Kostenstand März 2010).*
 2. *Das Betreibermodell (vgl. Ziff. 9) und das Finanzierungskonzept (vgl. Ziff. 10) werden genehmigt.*
 3. *Der Gemeindesteuerfuss von aktuell 90 % der einfachen Kantonssteuer wird befristet für die Zeitdauer von maximal 6 Jahren auf 95 % angehoben.*
 4. *Es wird eine Vorberatungskommission eingesetzt.*
 5. *Der Kredit untersteht gestützt auf Art. 11 lit. b Stadtverfassung dem obligatorischen Referendum.*
- **Antrag FDP-Fraktion**
 1. *Die Vorlage Gemeindesportanlagenkonzept ist zurückzuweisen.*
 2. *Der Stadtrat wird beauftragt die Realisierung des Sportstättenkonzepts in kleinere Teiletappen aufzuteilen, wobei er die finanzielle Machbarkeit, mit einem konkreten Finanzierungskonzept, dem Gemeinderat darzulegen, sowie die Dringlichkeiten der einzelnen Teilprojekte zu berücksichtigen hat.*
 3. *Der Baubeginn der ersten Teiletappe ist auf das Frühjahr 2013 vorzusehen.*
 4. *Der Stadtrat unterbreitet dem Gemeinderat in der Dezembersitzung 2011 eine entsprechende Botschaft.*



Lurati begründet den Antrag mit der finanziellen Situation, die sich in der Zwischenzeit nicht markant verbessert habe. Jetzt gelte es, Nägel mit Köpfen zu machen. Die Einsetzung einer Vorberatungskommission würde die Entscheidung nur weiter hinauszögern. Deshalb solle dem Stadtrat der Auftrag erteilt werden, das Projekt in finanziell tragbare und zeitlich vernünftige Teilschritte zu unterteilen. Der Investitionsplafond müsse zwingend erhöht werden, doch scheine eine Teilfinanzierung mittels Steuererhöhung keine Option mehr zu sein.

- **Antrag SP-Fraktion**

1. *Das Projekt „Gemeindesportanlagenkonzept GESAK“ wird etappiert. Die 1. Etappe umfasst:*
 - *Renovation der Garderoben Obere Au*
 - *Fussballfelder und Trainingsplatz Kunstrasen*
 - *Anpassung Umgebung*
 - *Sporthalle mit Dreifachturnhalle, Foyer/Verwaltung, Indoor-Sprintbahn*
 - *Innerstädtische Bewegungsräume*
2. *Der Stadtrat legt dem Gemeinderat die geänderte GESAK-Vorlage spätestens in der Gemeinderatssitzung vom Dezember 2011 vor.*
3. *Die Weiterentwicklung und Ausweitung des Gemeindesportanlagenkonzepts GESAK erfolgt in weiteren Etappen unter Berücksichtigung von Notwendigkeit, Dringlichkeit und Finanzierbarkeit.*

Der SP-Fraktion sei es wichtig, im Bereich des GESAK einen Schritt weiter zu kommen, führt **Frau Cavegn** aus. Um eine konkrete und lösungsorientierte Diskussion anzustossen, habe die SP den Fraktionen vorgängig einen Antrag unterbreitet. Leider sei die Spannbreite der Meinungen so weit gewesen, dass nicht alle unter einen Hut hätten gebracht werden können. Sie seien überzeugt, dass eine vernünftige Investition in die Sportanlagen von der Bevölkerung gewünscht werde und auch eine befristete Steuererhöhung möglich sein sollte. Immerhin machten über 50 % Churer Jugendlichen in einem Sportverein mit.

Frau Widmer spricht auch als ICS-Präsidentin. Mit Ausnahme des GESAK kenne die Stadt keine Strategie im Sportanlagenbau. Damit werde ohne GESAK weiterhin gerade das gebaut und unterhalten, was dringend sei oder finanziell drin liege. Es gebe aber auch das Phänomen, dass derjenige etwas bekomme, der am lautesten brülle. Es gelte, heute ein Zeichen zu setzen, wie dies unsere Vorfahren in den 1970-er Jahren getan hätten. Dem GESAK solle mit der Einsetzung einer Vorberatungskommission eine Chance gegeben werden.



Das GESAK wird gelobt, doch müsse jetzt ein finanziell realisierbares Projekt erarbeitet werden, und dies sei Sache des Stadtrates, in den man grosses Vertrauen habe. Es gelte, das Projekt zu redimensionieren bzw. auf gewisse Elemente zu verzichten, denn das GESAK werde nicht für Auswärtige realisiert. Gewisse Aussagen der Marktstudie seien nicht in die Botschaft eingeflossen. Eine Vorberatungskommission sei schwerfällig und zeitintensiv. Als Prioritäten werden der Allwetterplatz, das Eisfeld und die Verlegung der Fussballplätze in die Obere Au genannt, damit das Areal Ringstrasse im Baurecht abgegeben werden könne.

Für die Einsetzung einer Vorberatungskommission wird argumentiert, der Rat habe sich bisher noch überhaupt nicht mit dem Inhalt des GESAK befasst. Die Diskussion zeige, dass die Vorstellungen hinsichtlich Prioritäten weit auseinander gingen, genau deshalb sei eine Vorberatungskommission notwendig. Die Kommission müsse keine Detailarbeit leisten, sondern politische Entscheide fällen. Es sei davon auszugehen, dass ein allfälliger Vorschlag des Stadtrates durch den Rat wiederum zerzaust würde.

- **Ordnungsantrag** Derungs auf Abbruch der Diskussion

Das Hauptproblem liege in der Erarbeitung eines konsensfähigen Projekts, führt der **Stadtpräsident** aus. Vor neun Monaten sei das Geschäft zurückgewiesen worden mit der Begründung der finanziell schlechten Situation. Jetzt sei die Situation wieder genau gleich. Er frage sich, weshalb der Gemeinderat diese Anträge nicht vor neun Monaten gestellt habe. Die Anträge und Voten zeigten die bestehenden Diskrepanzen im Rat. Eignigkeit bestehe nur hinsichtlich Etappierung und Finanzierung. Der Antrag der FDP sei inhaltlich völlig offen, während die SP zur 1. Etappe Vorgaben mache. Die CVP priorisiere einen Allwetterplatz, Garderoben, Eisfelder und die Verlegung der Fussballplätze. Die Abgabe des Areals Ringstrasse im Baurecht erfordere eine Umzonung, welche mindestens zwei Jahre in Anspruch nähme. Es brauche zwingend eine politische Priorisierung; dabei müsse die Vorberatungskommission keine Detailarbeit leisten, sie könne dem Stadtrat auch Aufträge erteilen. Alle seien sich einig, dass etwas gemacht werden müsse, doch was? Was „finanziell tragbar“ bedeute? Mit oder ohne Steuererhöhung? Mit Kletterhalle, Beherbergung? Es sei in jedem Fall unmöglich, bis im Dezember 2011 ein Projekt mit der üblichen Kostengenauigkeit vorzulegen.

Abstimmung:

Die Einsetzung einer Vorberatungskommission wird mit 14 zu 7 Stimmen abgelehnt.

In der Pause erarbeiten die **Fraktionschefs** einen gemeinsamen Rückweisungsantrag.



Rückweisungsantrag der Fraktionen

- „1. Das Geschäft wird an den Stadtrat zurückgewiesen.
2. Die vorgelegte 1. Etappe ist zu redimensionieren.
3. Der Stadtrat wird beauftragt, das GESAK-Konzept zu überarbeiten und dabei Folgendes zu berücksichtigen: Vorlegen von Varianten. Diese beinhalten verschiedene Etappierungen nach Prioritäten der Bedürfnisse. Ebenso sind Finanzierungsvarianten auszuarbeiten.
4. Die Vorlage ist dem Gemeinderat spätestens in der Dezember-Sitzung 2011 zur Behandlung vorzulegen.“

Der Antrag der SP-Fraktion und der Rückweisungs-Antrag der FDP-Fraktion werden **zurückgezogen**.

Die folgende Diskussion dient der Klärung bzw. Auslegung des neuen Antrags. **Der Stadtpräsident** führt aus, der Gemeinderat habe das Konzept in zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen, dieses umfasse drei Etappen. Ob nun erwartet werde, dass das Konzept überarbeitet werde oder ob die 1. Etappe gemäss Botschaft gemeint sei.

Die Diskussion ergibt Folgendes: Die 1. Etappe ist inhaltlich nicht festgelegt bzw. der Stadtrat kann aufgrund der geäusserten Meinungen diese neu festlegen. Dafür stützt sich der Stadtrat auf die heute geführte Diskussion im Rat. Die Etappen 1, 2 und 3 können bei Bedarf inhaltlich vermischt werden. Auf jeden Fall sei die 1. Etappe finanziell zu reduzieren, dies könne entweder durch Redimensionierungen oder Weglassungen geschehen. **Der Stadtpräsident** stellt fest, dass die Vorlage auf eine neue Basis gestellt werden müsse, da verschiedene Varianten inklusive deren Finanzierung zu erarbeiten seien. Dies sei bis im Dezember 2011 völlig unmöglich.

Abstimmung:

Der Rückweisungsantrag der Fraktionen wird mit 20 zu 1 Stimme gutgeheissen.



7. Teilrevision des Gesetzes über die Ladenöffnungszeiten (Ladenöffnungsgesetz, LOeG)

Mit Botschaft Nr. 445.07 beantragt der Stadtrat:

1. Der Beschluss des Gemeinderates (GRB 25) vom 11. November 2010 in Sachen Teilrevision des Gesetzes über die Ladenöffnungszeiten (Ladenöffnungsgesetz, LOeG) wird aufgehoben.
2. Die vorliegende Teilrevision des Gesetzes über die Ladenöffnungszeiten (Ladenöffnungsgesetz, LOeG; RB 420) wird genehmigt.
3. Die Teilrevision des Gesetzes untersteht gemäss den Bestimmungen der Stadtverfassung dem obligatorischen oder dem fakultativen Referendum.
4. Der Auftrag Thomas Hensel und Mitunterzeichnende betreffend Anpassung des Ladenöffnungsgesetzes (LOeG) wird als erledigt abgeschrieben.

1 Wortmeldung.

Schlussabstimmung:

Die Anträge 1 - 4 des Stadtrates werden in globo und einstimmig zum Beschluss erhoben.

8. Sportplatz Ringstrasse, Neubau Garderobengebäude

Mit Botschaft Nr. 474.01 beantragt der Stadtrat:

Für den Bau eines Garderobengebäudes auf dem Sportplatz Ringstrasse wird ein Kredit von Fr. 619'600.-- bewilligt, wovon Fr. 127'600.-- als Nachtragskredit (Konto 28.5030).

- **Antrag Lurati**

„Das Geschäft sei solange zu vertagen, bis der Bericht des Stadtrates zum redimensionierten GESAK vorliegt.“

Für den Antrag wird argumentiert, man solle sich diese Zeit nehmen, um ein Präjudiz im Rahmen des GESAK zu vermeiden. Der Stadtrat solle in seinem Vorschlag für die Redimensionierung des GESAK möglichst frei sein. Gegen den Antrag wird ins Feld geführt, es bestehe die einmalige Gelegenheit, eine Garderobenbaute mit einem hohen Eigenleistungsanteil und damit relativ günstig zu realisieren. Zudem würden bis zu einer allfälligen Verlegung der Fussballplätze in die Obere Au mindestens zehn Jahre verge-



hen. Zudem wird argumentiert, eine Verschiebung würde zu einer 1. Etappe des GESAK führen, in welcher nur fussballerische Anliegen Platz hätten; damit würde eine einzige Sportart bevorzugt.

Der **Stadtpräsident** führt aus, der Gemeinderat wolle, dass der Stadtrat auch eine allfällige Verlegung der Fussballplätze Ringstrasse in die Obere Au im Sinne einer Variante prüfe. Wenn der Antrag Lurati abgelehnt werde, dann bestehe kein Raum mehr für solche Überlegungen.

Abstimmung:

Der Antrag Lurati wird mit 13 zu 8 Stimmen angenommen.

9. Auftrag der GPK betreffend Vorfall beim Bau des Käserkellers Alp Maran; Bericht

Mit Bericht vom 16. Mai 2011 (Geschäft Nr. 454.03) beantragt der Stadtrat, der Auftrag sei als erledigt abzuschreiben.

Der **GPK-Präsident** wendet sich gegen die Abschreibung, damit der Rat über den Abschluss des Verfahrens orientiert werden könne.

Abstimmung:

Die Abschreibung des Auftrags wird einstimmig abgelehnt.

10. Interpellation Romano Cahannes und Mitunterzeichnende betreffend Stellplätze für Wohnmobile auf dem KEB-Areal; Antwort

Antwort des Stadtrates (Geschäft Nr. 463.02).

1 Wortmeldung.

Der Interpellant erklärt sich als von der Antwort des Stadtrates befriedigt.

11. Fragestunde gem. Art. 61 Geschäftsordnung

Die Fragen von Hensel betreffend Lohngleichheit bei der Stadt Chur werden durch den **Stadtpräsidenten** beantwortet.



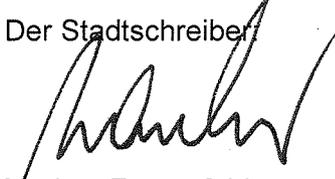
Eingang parlamentarischer Vorstösse

Der **Gemeinderatspräsident** gibt den Eingang der folgenden parlamentarischen Vorstösse bekannt:

- Auftrag CVP-Fraktion zur Einführung einer Schuldenbremse auf Verfassungsstufe
- Auftrag FDP-Fraktion zur Reduktion des Personalaufwands
- Interpellation Chantal Marti-Müller und Mitunterzeichnende betr. Stadtbus Chur
- Interpellation Anita Mazzetta / Thomas Hensel und Mitunterzeichnende betr. Umsetzung 2000-Watt-Gesellschaft und Energiestadt

Chur, 10. Juni 2011

Der Stadtschreiber



Markus Frauenfelder

Eingereicht anlässlich der Gemeinderatssitzung
vom 9. Juni 2011

CVP-Fraktion
Gemeinderat der Stadt Chur

M. Frauenfelder, Stadtschreiber

Auftrag

zur Einführung einer Schuldenbremse auf Verfassungsstufe

Diverse Kantone und auch der Bund führten in den Jahren 2004/2005 sogenannte Schuldenbremsen ein, deren Wirkungen mitunter ein beachtliches Resultat hervorgerufen haben. Mit einer Schuldenbremse liess sich zum einen sicherstellen, dass die Entwicklung der Schulden mit dem Ziel einer nachhaltigen Finanzpolitik in Einklang stand. Zum anderen ermöglicht sie eine angemessene Entwicklung der Ausgaben. Sie erschwert ein Überschreiten der Ausgaben und trägt dazu bei, dass künftig keine schmerzhaften Sparpakete mehr notwendig werden.

Gemäss dem Budget 2011 und dem IAFP 2012 – 2015 wird die Zukunft des städtischen Finanzhaushalts vor allem von einer steigenden Nettoverschuldung geprägt sein. Die erfreuliche Abbau-Tendenz bezüglich der Nettoverschuldung in den letzten Jahren dürfte in wenigen Jahren aufgebraucht sein. Als Leitlinie gilt dabei, dass sich einerseits die heutige Generation nicht zu Lasten späterer Generationen übermässig verschulden darf und dass andererseits der Handlungsspielraum für die Stadt durch den Schuldendienst nicht unverhältnismässig eingeschränkt werden soll. Um ein unverantwortbares Ansteigen im Sinne einer Vorsorge zu verhindern, ist die Einführung einer mittelfristig einzuhaltenden Schuldenobergrenze auf städtischer Ebene angezeigt. Zur Erreichung einer solch nachhaltigen Finanzpolitik soll dadurch die Verschuldung im Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (Nettoschuldenquote) mittelfristig stabilisiert werden. Im Nachgange zum Erlass der entsprechenden Verfassungsbestimmung kann der Gesetzgeber die entsprechende Limite festlegen.

Der Stadtrat wird deshalb beauftragt, innert sechs Monate seit Überweisung des vorliegenden Auftrages dem Gemeinderat Bericht und Antrag über die Änderung von Art. 48 Abs. 2 und 3 der Verfassung der Stadt Chur mit folgender Diktion zu unterbreiten:

² Die Stadt sorgt dafür, dass ihre Verschuldung im Verhältnis zu ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit mittelfristig einen vom Gesetzgeber zu definierenden Wert nicht überschreitet. Die nachhaltige Entwicklung des Finanzhaushalts ist dabei zu gewährleisten.

³ Die jährlichen Ausgaben werden unter Berücksichtigung der Finanzlage und des Grundsatzes einer stabilen Ausgabenentwicklung festgelegt.

Eine von der CVP-Fraktion am 13. Dezember 2007 eingereichte gleichartige Motion wurde durch den Gemeinderat am 10. April 2008 mit 17 zu 4 Stimmen insbesondere mit dem Hinweis abgelehnt, dass die „wirtschaftliche Leistungsfähigkeit“ der Stadt Chur schwer ermittelbar sei. Die heutigen Erhebungen der Statistik und der Steuern lassen es diesbezüglich indes zu, griffige Indikatoren für die Fixierung des Begriffes der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu finden.

Chur, 9. Juni 2011

CVP-Fraktion

Carla Maissen

Fred Bieler

Romano Cahannes

Gieri Derungs





Auftrag der FDP-Fraktion zur Reduktion des Personalaufwands

Die FDP-Fraktion ist weiterhin um den Finanzhaushalt der Stadt Chur besorgt. Mit verschiedenen Vorstössen versuchte sie, einerseits den Stadtrat und andererseits die städtische Verwaltung dazu zu bewegen, sparsam mit den finanziellen Mitteln umzugehen:

- **Aufgaben- und Leistungsüberprüfung Nr. 1:** Die FDP reichte am 29. Januar 2003 zunächst ein Postulat ein, um die Aufgaben und Leistungen in der Stadt Chur zu überprüfen und um die Ausgaben um 2 Prozent zu senken. Die Sparvorschläge, welche der Stadtrat daraufhin dem Gemeinderat vorlegte, waren nicht zielführend, weshalb der erste Anlauf scheiterte.
- **Aufgaben- und Leistungsüberprüfung Nr. 2:** Am 19. November 2009 reichte die FDP-Fraktion einen Auftrag zwecks Leistungsoptimierung ein, welcher ebenfalls überwiesen wurde. Die Auswirkung der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung ist noch ungewiss, weil die daraus erfolgten Aufträge noch nicht umgesetzt sind. Die Aufgaben und Leistungsüberprüfung hat aber eines klar gemacht: Der Churer Finanzhaushalt leidet an den hohen Personalkosten, welche 50 % der finanzwirksamen Ausgaben ausmachen.

Die FDP-Fraktion hat aus dem IAFP 2012-2015 mit Sorge zur Kenntnis nehmen müssen, dass der Stadtrat neue Stellen schaffen will. Diese Haltung ist für die FDP-Fraktion unverständlich und unhaltbar. In den beiden vorerwähnten Vorstössen war die FDP bemüht, den Finanzhaushalt ohne Einbussen beim Personal in Ordnung zu bringen. Es zeigte sich aber, dass der Sparwille zu gering ist und der Finanzhaushalt weiter in Schräglage kommt. Nachdem verschiedene Gebühren erhöht wurden und die Churerinnen und Churer eine Steuererhöhung deutlich abgelehnt haben, sieht die FDP-Fraktion keine andere Möglichkeit, als den Personalaufwand zu reduzieren. Wir schlagen zwei Varianten vor:

- **Variante 1:** Der Personalaufwand soll über einen Abbau von Stellen (und nicht durch Lohnreduktionen) reduziert werden. Ziel dieser Variante ist, in den kommenden fünf Jahren jährlich 2 % (insgesamt also 10 Prozent) der Stellen gemäss Stellenplan einzusparen.
- **Variante 2:** Mit der zweiten Variante soll eine Reduktion des Personalaufwandes dadurch erreicht werden, indem einerseits Stellen abgebaut werden und andererseits das Lohnniveau reduziert wird. Ziel der zweiten Variante ist, in den kommenden fünf Jahren jährlich 2 Prozent (insgesamt also 10 Prozent) des Personalaufwandes einzusparen.

Es ist der FDP-Fraktion bewusst, dass die Zielgrössen der beiden Varianten nicht übereinstimmen. Wir gehen bei der Variante 1 jedoch davon aus, dass der Stellenabbau Stellen aller Lohnklassen betreffen wird, womit sich die Zielgrössen angleichen werden.

Nach der ersten Variante soll das städtische Personal weiterhin gut entlohnt werden. Aufgrund der jährlichen Fluktuationen (Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2010 beträgt 7,6 % pro Jahr) sollte der Stellenabbau mit natürlichen Abgängen realisiert werden können, weshalb keine Entlassungen erforderlich sein werden.

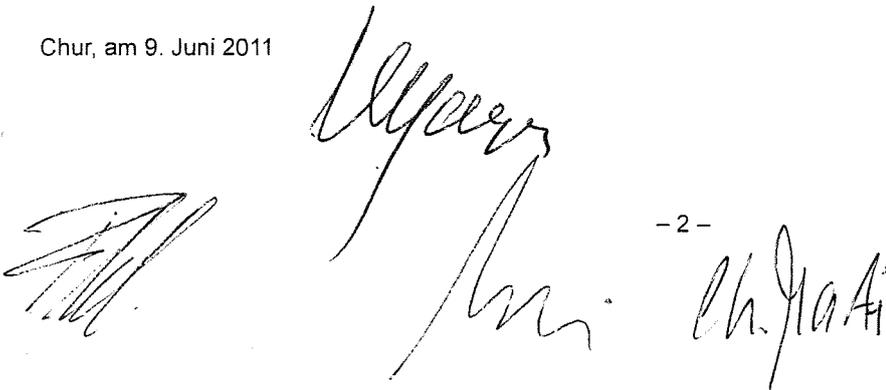
Die Stellen- bzw. Personalkosteneinsparungen, welche sich aus den beschlossenen Massnahmen in Zusammenhang mit der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung ergeben, können angerechnet werden. Aussetzung der Teuerung und des Stufenanstiegs werden bei Variante 2 nicht als Reduktion des Personalaufwandes angerechnet. Die Reduktion muss nachhaltig sein.

Dieser Auftrag soll an der Sitzung des Churer Gemeinderates vom 15. September 2011 (Frist im Sinne von Art. 60 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Gemeinderates) behandelt werden.

Auftrag:

1. a) Der Stadtrat wird beauftragt, entweder von 2012 bis 2016 jährlich 2 Prozent der Soll-Stellen (insgesamt also 10 Prozent) abzubauen, wobei Ausgangspunkt der Stellenplan Stand 1. Januar 2011 mit 76737 Soll-Stellenprozenten ist (Variante 1), oder von 2012 bis 2016 den Personalaufwand jährlich um 2 Prozent (insgesamt 10 Prozent) zu reduzieren, wobei Ausgangspunkt der Personalaufwand (Sachgruppe Nr. 30) Stand 31. Dezember 2010 mit CHF 99'915'959.96 ist (Variante 2).
 - b) Der Stadtrat hat an der Sitzung des Gemeinderates vom 15. Dezember 2011 mitzuteilen, welche Variante er verfolgt.
2. Unterjährige Anstellungen dürfen weiterhin im bisherigen Umfang erfolgen. Die unterjährigen Anstellungen sind künftig immer mit der Jahresrechnung transparent (Stand, Zu- und Abgänge sowie Begründung) offenzulegen.
3. Der Stadtrat informiert den Gemeinderat jährlich an der Dezembersitzung mit der Jahresrechnung schriftlich über den Stand der Umsetzung des Auftrages.

Chur, am 9. Juni 2011



Eingereicht anlässlich der Gemeinderatssitzung
vom 9. Juni 2011

Anita Mazzetta, Gemeinderätin Freies Grünes Bündnis
Thomas Hensel, SP-Gemeinderat



M. Frauenfelder, Stadtschreiber

Interpellation

Umsetzung 2000-Watt-Gesellschaft und Energiestadt

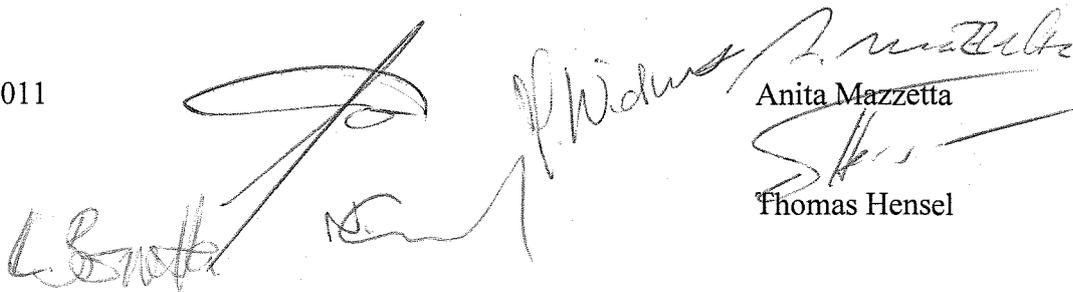
Mit der Überweisung des Postulats „Einsparmöglichkeiten beim Betrieb und Unterhalt der städtischen Liegenschaften“ (31/2006) und der Motion „Städtisches Energiekonzept zur Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft“ (7/2009) sowie dem Gemeinderatsentscheid von 18. Juni 2009 „Chur wird Energiestadt“ (GRB 29) wurde der Stadtrat beauftragt die Energieeffizienz und erneuerbare Energien zu fördern, entsprechende Massnahmen einzuleiten sowie das Aufnahmeverfahren für das Energiestadt-Label einzuleiten. Erste energiepolitische Massnahmen wurden bereits umgesetzt. Die Energiestadtzertifizierung steht kurz bevor.

Diese Aufgaben bekommen in der aktuellen Energiediskussion eine noch grössere Dringlichkeit. Die Bevölkerung ist zurzeit sehr interessiert an der Nutzung erneuerbarer Energien sowie an energieeffizientes Handeln. Dabei kommt der städtischen Energiepolitik eine Vorbildfunktion zu. Eine offene Informationspolitik über die städtische Energiezukunft ist darum wichtig.

Die Unterzeichnenden fordern deshalb den Stadtrat auf, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie ist der aktuelle Stand der Umsetzung des überwiesenen Postulats 31/2006 „Einsparmöglichkeiten beim Betrieb und Unterhalt der städtischen Liegenschaften“ sowie der Anliegen der Energiestadt und der 2000-Watt-Gesellschaft?
2. Die Zertifizierung zur Energiestadt erfolgt offenbar noch in diesem Monat. Welche Folgeschritte sind nun geplant?
3. Wie sind die Projektverantwortlichkeit sowie die internen Prozesse verwaltungsintern organisiert und mit welchen Personalressourcen?
4. Wie beabsichtigt der Stadtrat den Gemeinderat und die Churer Bevölkerung über die Ziele, das Aktivitätenprogramm und die Erfolgskontrolle der Projekte „2000-Watt-Gesellschaft“ und „Energiestadt“ zu informieren?

Chur, 9. Juni 2011



Anita Mazzetta
Thomas Hensel

